

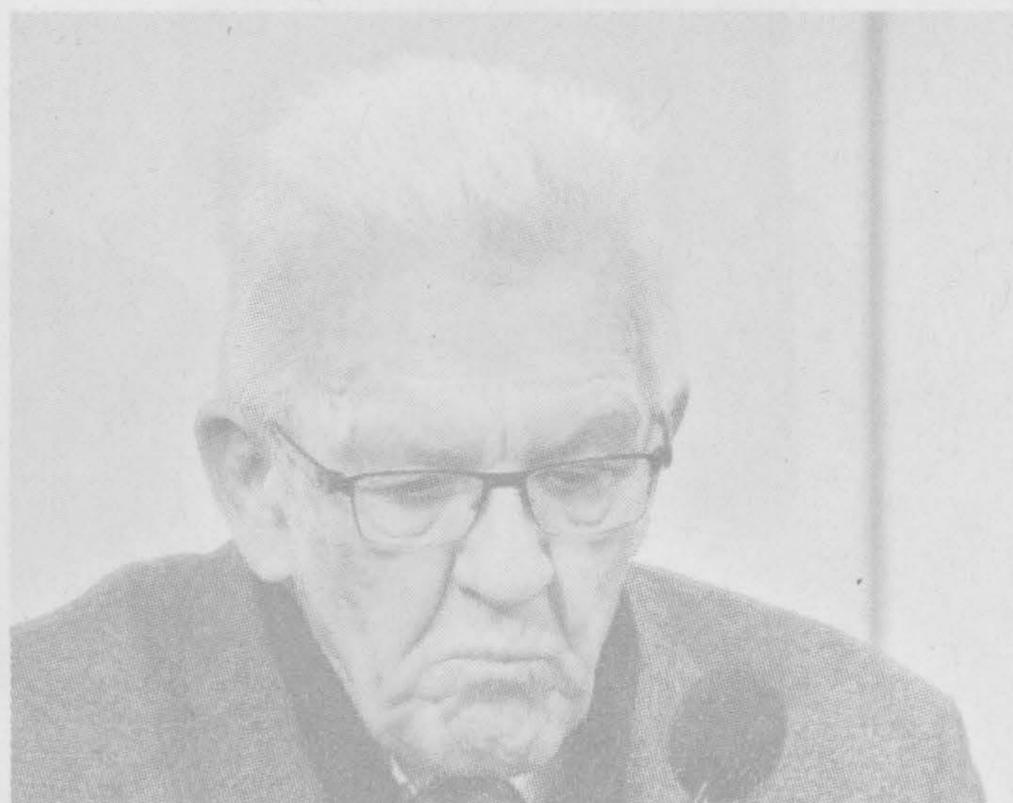
Entschuldigung für Erlass

Der Radikalenerlass sollte eine Unterwanderung des Staates verhindern – er zerstörte viele Karrieren. Winfried Kretschmann entschuldigt sich bei den Opfern.

STUTT GART. Rund 50 Jahre nach dem Beschluss des Radikalenerlasses hat sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei den zu Unrecht Betroffenen entschuldigt. „Eine ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt, das war falsch. Einzelne mögen dann zu Recht sanktioniert worden sein, manche aber eben auch nicht“, schreibt der Grünen-Politiker in einem Brief an die Betroffenen. „Sie haben zu Unrecht durch Gesinnungsanhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit Leid erlebt. Das bedauere ich als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg sehr.“

Mit dem Radikalenerlass von 1972 sollte eine Unterwanderung des Staates von links verhindert werden. Der Beschluss des ersten sozialdemokratischen Kanzlers Willy Brandt und der Ministerpräsidenten der Länder sah vor, dass vor jeder Einstellung in den öffentlichen Dienst eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt werden muss. Der Bund und die sozialdemokratisch regierten Länder rückten 1979 von dem Beschluss ab. Bayern schaffte ihn als letztes Bundesland 1991 ab.

Kretschmann wäre auf dem Weg in den Lehrerberuf selbst fast über den Erlass gestolpert. Der 74-Jährige bezieht sich in dem Brief auf seine linksradikale Studienzeit, die



Winfried Kretschmann war in seiner Studentenzeit selbst radikal.

Foto: dpa/Marijan Murat

er als „größte Verirrung“ seines Lebens bezeichnet.

Eine Rehabilitierung und Entschädigung Betroffener ist laut Kretschmann nicht vorgesehen, weil eine Einzelfallprüfung allein mangels Akten kaum möglich sei. Der Deutsche Gewerkschaftsbund nannte Kretschmanns Bedauern „mehr als flau“. „Zu einer Rehabilitation der Betroffenen ist der Ministerpräsident offenkundig nicht bereit“, sagte DGB-Landesvorsitzender Kai Burmeister. „Das ist angesichts der eindeutigen Faktenlage ein Armutszeugnis.“ Das Land müsse einen Entschädigungsfonds auflegen.

Die SPD im Landtag spricht von einem Schritt, der nicht weit genug gehe. „Der Radikalenerlass ist für viele Betroffene nach wie vor mit persönlichem Leid und mit berufsbiografischen Nachteilen verbunden“, sagte der SPD-Abgeordnete Boris Weirauch. „Vor diesem Hintergrund muss auch die Frage einer Entschädigung geklärt werden.“ lsw